

Staaten bummeln beim Aufbaufonds

Eigenmittelbeschluss erst in wenigen EU-Ländern ratifiziert – Bislang nur zwölf nationale Pläne fertig

Ab Freitag können die EU-Staaten ihre nationalen Aufbaupläne in Brüssel einreichen, damit diese mit europäischem Geld finanziert werden. Allerdings haben bislang erst zwölf Länder einen Entwurf fertig. Und den Eigenmittelbeschluss, der für die Mittelbeschaffung nötig ist, haben bisher auch nur sechs Staaten ratifiziert.

Börsen-Zeitung, 17.2.2021 ahe Brüssel – Die aktuelle portugiesische Ratspräsidentschaft hat die EU-Staaten aufgefordert, möglichst rasch den Eigenmittelbeschluss zu ratifizieren, der die Rechtsgrundlage zur Finanzierung des milliardenschweren Corona-Wiederaufbaufonds bildet. Bislang hätten lediglich sechs der 28 Länder die Ratifizierung abgeschlossen, sagte der portugiesische Finanzminister João Leão nach einer Videokonferenz mit seinen EU-Kollegen. Er sei aber optimistisch, dass die übrigen Verfahren bis Ende März abgeschlossen würden, damit die EU-Kommission noch vor dem Sommer an die Märkte zur Aufnahme der Mittel gehen könne.

Mit dem Eigenmittelbeschluss wird die Kommission zeitlich und der Höhe nach begrenzt ermächtigt, Anleihen im Namen der EU zu begeben. Über die Bonds soll der 750 Mrd. Euro große Wiederaufbaufonds finanziert werden, von dem 672,5 Mrd. Euro in die sogenannte

Aufbau- und Resilienzfazilität (RRF) direkt für Investitionen und Reformen an die Mitgliedstaaten fließen. Zu den Ländern, die die Ratifizierung bereits beendet haben, gehört unter anderem Frankreich, nicht aber Deutschland. Die Bundesregierung will den Beschluss nach derzeitiger Planung am 26. März in den Bundesrat einbringen.

EU-Kommissionsvize Valdis Dombrovskis bekräftigte gestern nach den Beratungen der Finanzminister, dass erste Auszahlungen aus dem Wiederaufbaufonds „im Sommer“ geplant seien, ohne den Termin jedoch genauer zu spezifizieren. Er verwies darauf, dass der Fonds zwar mit einem Volumen von 750 Mrd. Euro geplant worden sei, dass hier aber Preise von 2018 zugrunde lägen. Zu aktuellen Preisen sei eine Marktfinanzierung sogar von rund 800 Mrd. Euro nötig, sagte Dombrovskis. Damit werde die EU-Kommission zu einem der größten Emittenten von Euro-Anleihen.

Zweifel an Green Bonds

Die EU-Kommission hatte angekündigt, dass mindestens 30% der Finanzierung des Aufbaufonds über „grüne“ Anleihen erfolgen soll. Im Bundesfinanzministerium wurde dieses Ziel jetzt allerdings in Zweifel gezogen. In einem internen Papier des Ministeriums zu den Finanzmi-



Foto: Elenne Annotte

„Der Wiederaufbaufonds eröffnet eine einzigartige Chance, eine nachhaltige und integrative Erholung zu gewährleisten, damit Europa widerstandsfähiger aus der Krise herauskommt.“

Valdis Dombrovskis

nister-Beratungen, das der Börsen-Zeitung vorliegt, wird insbesondere auf die hierfür nötigen Offenlegungsverpflichtungen verwiesen. Green-Bond-Investoren verlangten sehr substantielle und detaillierte Informationen, hieß es. Und es könne gefragt werden, ob die EU-Kommission in der Lage sei, diese Anforderungen zu erfüllen.

Dombrovskis verwies darauf, dass die EU-Staaten ab Freitag ihre nationalen Aufbau- und Resilienzpläne offiziell zur Prüfung in Brüssel einreichen könnten. Allerdings sind viele Länder noch längst nicht so weit: Bislang lagen nur von zwölf Mitgliedsländern Entwürfe vor – also

von nicht einmal der Hälfte der EU-Staaten. Weitere zehn Länder haben zumindest einzelne Elemente für ihre Investitionen schon fertig. In fünf Ländern fehlen auch diese noch.

Dombrovskis bekräftigte noch einmal, dass das Geld nun so schnell wie möglich fließen müsse. „Der Wiederaufbaufonds eröffnet eine einzigartige Chance, eine nachhaltige und integrative Erholung zu gewährleisten, damit Europa widerstandsfähiger aus der Krise herauskommt“, sagte er. Zudem könne sich die EU damit besser auf eine grüne und digitale Zukunft vorbereiten.

► Wertberichtet Seite 8

Hoffen und Bangen für die Euro-Wirtschaft

BIP-Rückgang Ende 2020 weniger stark als gedacht

Börsen-Zeitung, 17.2.2021 ms Frankfurt – Die Wirtschaft im Euroraum ist Ende 2020 in der zweiten Coronawelle etwas weniger stark geschrumpft als zunächst gedacht – und deutlich weniger als noch in der ersten Welle im Frühjahr 2020. Zugleich wächst laut ZEW-Umfrage unter Finanzprofis die Zuversicht für den konjunkturellen Ausblick für die Eurozone. Die Europäische Zentralbank (EZB) dürfte trotzdem an ihrer ultralockeren Geldpolitik festhalten – selbst wenn die Inflationserwartungen derzeit spürbar zunehmen.

Die Daten und die Umfrage nähren die Hoffnung, dass der Rückschlag für die Konjunktur durch die anhaltenden Einschränkungen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens weit weniger gravierend ausfällt als zu Beginn der Coronakrise und es absehbar zu einer starken Erholung kommt. Im zweiten Quartal 2020 war die Euro-Wirtschaft um 11,4% eingebrochen – so stark wie nie. Aktuell gehen zwar europaweit die Infektionszahlen zurück, aber die Angst vor den Corona-Mutanten ist groß. Deswegen ist es fraglich, wie schnell es zu großen Lockerungen der Corona-Restriktionen kommt – und damit zu mehr Wachstum.

Im vierten Quartal 2020 sank das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Euroraum im Quartalsvergleich nun um 0,6%, wie Eurostat am Dienstag mitteilte. In einer ersten Erhebung hatte Eurostat noch einen etwas stärkeren Rückgang um 0,7% gemeldet. Analysten waren von einer Bestätigung der ersten Schätzung ausgegangen. Das Minus fällt damit deutlich geringer aus als im Frühjahr 2020. Für das Gesamtjahr steht dennoch ein

Rekordeinbruch von 6,8% zu Buche. Das bestätigte Eurostat am Dienstag.

Der geringere Rückgang des BIP Ende 2020 im Vergleich zur ersten Welle hängt mit einer Vielzahl von Faktoren zusammen. So war etwa der Rest der Welt offener. Die Industrie und das Bauwesen wurden in einigen Ländern offengehalten. Aber auch der freiwillige Rückgang der Mobilität war geringer. „Die schwächere freiwillige Reaktion reduzierte den kurzfristigen wirtschaftlichen Effekt des Virus und spielt eine Rolle bei der geringeren Beeinträchtigung des BIP im vierten Quartal“, erklärten die Volkswirte der ING-Bank in einer gestern veröffentlichten Analyse. Die langfristigen Auswirkungen seien aber weniger sicher – „da dies auch das Risiko längerer und strenger behördlicher Sperren erhöht“.

Unter Finanzexperten hat dennoch im Februar die Konjunkturzuversicht zugenommen. Laut der monatlichen ZEW-Umfrage legten die Konjunkturerwartungen für die Eurozone um 11,3 Punkte auf 69,6 Punkte zu. Das Plus war damit sogar noch stärker als für Deutschland (siehe Text auf dieser Seite). Anders als in Deutschland stieg zudem der Indikator für die aktuelle Konjunkturlage – um 4,3 Punkte auf –74,6 Punkte.

Die EZB dürfte dennoch auf absehbare Zeit nicht von den rekordniedrigen Zinsen und den breiten Anleihekäufen abkehren. Daran ändert auch der neuerliche Anstieg der ZEW-Inflationserwartungen nichts. Für das Eurogebiet stiegen sie im Februar um 20,2 Punkte auf 71,8 Punkte. Die EZB betrachtet den jüngsten und weiter erwarteten Anstieg der Euro-Inflationsrate als temporäres Phänomen.

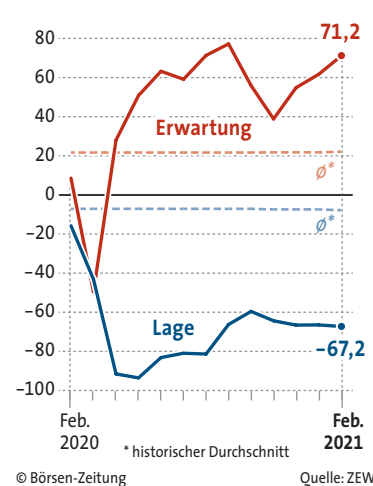
ZEW-Konjunkturerwartungen überraschen positiv

Zuversicht unter Finanzprofis für die deutsche Wirtschaft nimmt unvermutet zu – Mehr Inflation erwartet

Börsen-Zeitung, 17.2.2021 ms Frankfurt – Die Konjunkturzuversicht unter deutschen Finanzexperten hat im Februar überraschend zugenommen – und das sogar deutlich. Grund für den unerwarteten und starken Anstieg der entsprechenden ZEW-Konjunkturerwartungen ist insbesondere die Aussicht auf Lockerungen der Corona-Restriktionen. Der Indikator war zuletzt allerdings vergleichsweise schwankungsanfällig – worin sich die große Unsicherheit infolge der Pandemie widerspiegelt. Im ersten Quartal dürfte die deutsche Wirtschaft wohl in jedem Fall deutlich schrumpfen.

Die Aussichten für die deutsche Wirtschaft werden derzeit durchaus kontrovers diskutiert. Die meisten Volkswirte erwarten angesichts sinkender Infektionszahlen und zunehmender Impfungen baldige Lockerungen des Lockdowns und eine dann starke Erholung der Konjunktur. Dagegen warnte DIW-Chef Marcel Fratzscher unlängst im Interview der Börsen-Zeitung vor zu viel Optimismus, weil die Wirtschaft den größten Teil des Jahres mit Restriktionen leben müsse (vgl. BZ

ZEW-Konjunkturumfrage für Deutschland



© Börsen-Zeitung

Quelle: ZEW

vom 9. Februar). Tatsächlich agiert die Politik vorsichtig, auch wegen der Angst vor den Corona-Mutanten.

Die monatlich vom Mannheimer Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) befragten Finanzanalysten ficht das aber nicht

an. Das Barometer für die Konjunkturerwartungen stieg im Februar um 9,4 Punkte auf 71,2 Zähler, wie das ZEW am Dienstag mitteilte. Das ist der dritte Anstieg in Folge und der höchste Wert seit September 2020. Ökonomen hatten hingegen mit einem Rückgang auf 59,6 Zähler gerechnet. Die Einschätzung der konjunkturellen Lage verschlechterte sich dagegen noch einmal geringfügig auf –67,2 Punkte.

„Die Finanzmarktexpertinnen und -experten schauen optimistisch in die Zukunft. Sie sind zuversichtlich, dass die deutsche Wirtschaft auf Sicht von sechs Monaten wieder auf Wachstumskurs sein wird“, kommentierte ZEW-Präsident Achim Wambach die aktuellen Erwartungen: „Vor allem bei Konsum und Handel wird ein deutlicher Aufholprozess erwartet.“ Viele Verbraucher haben viel Geld gespart, das künftig zusätzlich für den Konsum genutzt werden könnte.

Das ZEW-Barometer, das eigentlich als guter Frühindikator für die Konjunktur, schwankt derzeit aber relativ stark. In den Sommermonaten 2020 ging es kräftig nach oben, dann wieder nach unten, und nun

gibt es wie bereits zum Jahresende eine Erholung. „Hinter dem Auf und Ab steckt unter anderem eine große Portion Unsicherheit“, sagte Thomas Gitzel, Chefvolkswirt der VP Bank: „Viele Fragen sind offen: Kommt es noch zu einer größeren Pleitewelle? Wie schwer wiegt der Strukturwandel in der Automobilwirtschaft? Ist die Lage im verarbeitenden Gewerbe tatsächlich so gut?“ Generell überwiege aber die Hoffnung auf eine rasche Erholung der Wirtschaft.

Im ersten Quartal dürfte die deutsche Wirtschaft aber wegen des anhaltenden und zwischenzeitlich verschärften Lockdowns sehr wohl noch einmal spürbar schrumpfen. Viele Beobachter gehen von einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um rund 2% aus. DIW-Chef Fratzscher erwartet dagegen ein Minus von mindestens 3%.

Mit der dann später erwarteten Erholung einher gehen auch höhere Inflationserwartungen. Der ZEW-Inflationsindikator legte im Februar um 15,3 Punkte zu – auf 73,5 Zähler. Die Frage, inwieweit perspektivisch eine höhere Inflation droht, treibt derzeit viele Marktakteure um.

Corona dämpft Konfliktfreude der Tarifpartner

Studie: 2020 so friedlich wie lange nicht – Gewerkschaften: Viele erfolgreiche Abschlüsse im Krisenjahr

Börsen-Zeitung, 17.2.2021 ast Frankfurt – Das Jahr 2020 ist laut einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln in Sachen Tarifverhandlungen das friedlichste seit 2005 gewesen. Den Wissenschaftlern zufolge führten die Corona-Pandemie und die damit verbundene Stilllegung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens dazu, dass weniger Tarifkonflikte eskalierten als sonst. Demnach blieb es sogar in der Metall- und Elektroindustrie, in der laut IW „üblicherweise hart verhandelt wird“, ruhig.

Von Gewerkschaftsseite wird aber ein differenzierteres Bild des vergangenen Tarifjahrs gezeichnet. Zwar wird etwa die ausführliche Streikstatistik des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung erst im April veröffentlicht, doch eine erste Tendenz ist bereits erkennbar: Die großen Erzwingungsstreiks blieben in den meisten Fällen aus, jedoch gab es mehr Auseinandersetzungen auf Ebene der Unternehmen – etwa wenn diese einen Stellenabbau umsetzen wollten.

„Diese Tendenz beobachten wir schon seit einigen Jahren“, sagt Thorsten Schulten, Leiter des WSI-Tarifarchivs, auf Anfrage. „Deutschland war schon immer ein eher streikarmes Land“, so Schulten.

Wenn gestreikt werde, dann meist auf Ebene von Warnstreiks. Um den letzten großen Erzwingungsstreik zu finden, müsse man schon viele Jahre zurückgehen.

Die Gewerkschaft Verdi teilte auf Anfrage mit, dass man nicht davon sprechen könne, dass es durch das Coronajahr eine besondere Zurückhaltung bei der Durchsetzung von Forderungen gegeben habe. Allerdings, so erklärt Norbert Reuter, Lei-

ter der Tarifpolitischen Grundsatzabteilung von Verdi, hätten die Maßnahmen ein anderes Gesicht gehabt: „Neben Warnstreiks haben wir auch neue Formen erprobt wie kurzfristige ‚Aktionsstreiks‘ oder den ‚Arbeitsstreik‘.“ Zudem habe der Fokus auf innerbetrieblichen Gesprächen gelegen, da große Kundgebungen unter Corona-Bedingungen nur schwer umsetzbar gewesen seien. Wie erfolgreich die angepasste Stra-

tegie im Coronajahr war, zeigten die guten Abschlüsse bei der Post, im öffentlichen Dienst oder zuletzt beim Energieversorger Eon, so Reuter.

Die Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten (NGG) registrierte für das vergangene Jahr sogar deutlich mehr Streiks – meist lokal – als in den Vorjahren. Den 78 Streiks 2019 standen im Coronajahr 132 Streiks gegenüber. Die Viruskrise hatte insbesondere in der Nahrungsmittelindustrie für zusätzliche Arbeit gesorgt. Daher war der Zeitpunkt für Streiks günstig.

Für 2021 steht aktuell die Tarifverhandlung der IG Metall an. Die Friedenspflicht endet Anfang März. Bislang liegen Arbeitgeber und Gewerkschaften noch deutlich auseinander. Die Gewerkschaft fordert 4% mehr Lohn und flexiblere Arbeitszeiten – etwa in Form einer Vier-Tage-Woche. Die Arbeitgeber wollen sparen. Schulen rechnet damit, dass auch in diesem Jahr der Einfluss der Pandemie auf den Arbeitskampf zu spüren sein wird – denn „keiner streikt gerne unter Corona-Bedingungen“, so der WSI-Forscher. Zudem seien die Forderungen der Gewerkschaften angesichts der Nullrunde 2020 – wie etwa in der Elektro- und Metallindustrie – moderat und ökonomisch angemessen. Den ganz großen Krach erwartet Schulten daher nicht.

TARIFEINIGUNG

Mehr Geld für Textilindustrie

ast – Die IG Metall hat sich mit den Arbeitgebern auf einen neuen Tarifvertrag für die westdeutsche Textil- und Modeindustrie geeinigt. Demnach bekommen die Beschäftigten in diesem Jahr eine Corona-Beihilfe in Höhe von 325 Euro. Zum 1. Februar 2022 sollen die Gehälter um 1,3% steigen, zum 1. Oktober 2022 noch einmal um 1,4%. Seit Anfang des Monats hatte es an verschiedenen Standorten mehrere Warnstreiks gegeben. Geeinigt hatten sich beide Seiten schließlich in der vierten

Verhandlungsrunde, die am frühen Dienstagmorgen endete. Arbeitgeber-Verhandlungsführer Markus Simon erklärte: „Mitten in der Krise ist dies ein Abschluss der Vernunft und der Perspektive.“ Auch die Gewerkschaft zeigte sich zufrieden: „Es ist uns unter denkbar schwierigen Bedingungen gelungen, eine spürbare Realloohnerhöhung durchzusetzen“, sagte IG-Metall-Verhandlungsführer Manfred Menningen. Der neue Vertrag soll bis Februar 2023 gültig sein.

(Börsen-Zeitung, 17.2.2021)

Weniger Beschäftigte in der Industrie

Ausbildungssituation weiterhin schwierig

Börsen-Zeitung, 17.2.2021 ast Frankfurt – Die deutsche Industrie ist bislang vergleichsweise gut durch die Coronakrise gekommen. Nach dem Einbruch im Frühjahr 2020 erholte sich die Produktion deutlich. Allerdings bleibt die Lage der Beschäftigten angespannt. Erstmals seit 2010 ist ihre Zahl geschrumpft. Das gab das Statistische Bundesamt (Destatis) am Dienstag bekannt. Demnach beschäftigten die Betriebe des verarbeitenden Gewerbes mit mindestens 50 Mitarbeitern im Jahreschnitt etwa 5,5 Millionen Personen. Das sind 126.000 oder 2,2% weniger als im Jahr zuvor. Zuletzt hatte die Finanz- und Wirtschaftskrise zu einem Rückgang um 2,4% geführt. Seitdem war die Zahl der Beschäftigten gestiegen.

Im Dezember ging die Zahl der Beschäftigten im Vergleich zum Vorjahreszeitraum nun um deutliche 2,7% zurück. Besonders groß war der Stellenabbau in der Metallindustrie (–5,8%). Nur Chemieindustrie (+1,6%) und Nahrungs- und Futtermittelhersteller (+0,1%) trotzten der Entwicklung. Auch die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden nahm im vergangenen Jahr ab – um 6,9% auf knapp 7,9 Milliarden Stunden.

Mit einer Erholung rechnen Experten erst in einigen Monaten. „Die Erwerbstätigkeit im verarbeitenden Gewerbe dürfte – ähnlich wie in der Gesamtwirtschaft – erst in der zweiten Hälfte dieses Jahres auf den Erholungspfad einschwenken“, sagte Ökonom Dominik Groll vom Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW) der Nachrichtenagentur Reuters. „Das

Wiedereinsetzen der wirtschaftlichen Erholung ab dem zweiten Quartal wird dann zunächst über einen Abbau der Kurzarbeit und dadurch resultierenden Anstieg der Arbeitszeit realisiert werden“, sagte Groll. Erst in der zweiten Jahreshälfte dürfte auch die Erholung der Erwerbstätigkeit an Fahrt gewinnen.

Azubis häufig überfordert

Derweil stellen unbesetzte Ausbildungsplätze und vorzeitig gelöste Verträge die Betriebe vor Herausforderungen. 2019 blieben nach aktuellen Daten des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) 26% aller Ausbildungsplätze unbesetzt. 15% der Ausbildungsverträge wurden vorzeitig aufgelöst. Den Betrieben fällt es immer schwerer, ihren Fachkräftebedarf zu decken. Aufgrund der Corona-Pandemie war auch das Coronajahr schwierig auf dem Ausbildungsmarkt. Aufgrund der Unsicherheit entscheiden sich mehr potenzielle Auszubildende für einen weiteren Schulabschluss.

40% der vorzeitig gelösten Verträge wurden vom Betrieb aufgelöst. Als häufigste Gründe nannten die Betriebe fehlendes Engagement, mangelndes Sozialverhalten und Überforderung der Azubis. Deutliche Unterschiede zeigen sich differenziert nach Betriebsgröße: Vor allem Kleinbetriebe nennen mangelndes Sozialverhalten als Grund für die Auflösung der Verträge. Größere Betriebe sehen häufiger Überforderung oder fehlende Eignung als wichtigste Ursache.

Bekanntmachung gemäß § 316 Abs. 5, § 268 Abs. 2 Kapitalanlagegesetzbuch (KAGB)
Bereithaltung eines Nachtrages 08 der HMW Emissionshaus AG, insoweit handelnd als Prospektverantwortliche und als hierfür von der Kapitalverwaltungsgesellschaft (MIG Verwaltungs AG) beauftragtes Unternehmen nach § 316 Abs. 5, § 268 Abs. 2 KAGB vom 12.02.2021 zum bereits veröffentlichten vollständigen Verkaufsprospekt vom 16.05.2019 betreffend das Investmentvermögen MIG GmbH & Co. Fonds 16 geschlossene Investment-KG. Der gemäß § 316 Abs. 5, § 268 Abs. 2 KAGB erstellte Nachtrag 08 wird zusammen mit dem vollständigen Verkaufsprospekt bei der MIG GmbH & Co. Fonds 16 geschlossene Investment-KG, Münchener Straße 52, D-82049 Pullach, zur kostenlosen Ausgabe bereitgehalten. Der Nachtrag 08 ist zudem im Internet unter www.mig-fonds.de veröffentlicht. Die Informationen liegen in deutscher Sprache vor.
Pullach, den 17.02.2021 HMW Emissionshaus AG